

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Salich, Postlieferant,
Dr. Gerber & Co., Breitestr. 6
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
S. B.: O. Elsner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde von 9-11 Uhr Vorm.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
an den aus die Sonn- und Mittags-lesenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Mittags ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährl. 4,50 M., für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5,10 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabenstellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Nr. 285

Hundertundzweiter Jahrgang.

Donnerstag, 25. April.

1895

Berantwortlich für den Inserattheil:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 100.

Inserate, die schätzgepachtete Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgen-Ausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Denjenigen unserer geehrten Leser, welche während eines Nesse-Aufenthalts ihre gewohnte Zeitung nicht entbehren, dieselbe während ihrer Abwesenheit aber auch den zurückgebliebenen Familienmitgliedern nicht entziehen wollen, empfehlen wir ein

Reise-Abonnement

auf die „Posener Zeitung“, welches mit jedem beliebigen Tage begonnen werden kann.

Gegen portofreie Einsendung von 90 Pf. pro Woche, für das Ausland — mit Ausnahme Österreichs — 1 Mt. 10 Pf. (am einfachsten in Briefmarken), wird die Zeitung täglich zwei Mal portofrei an die angegebene Adresse gesandt. Die schnelle Übermittelung ist durch die günstigen Eisenbahnverbindungen Posens nach allen Richtungen hin gesichert.

Auswärtige Post-Abonnenten, welche die Überweisung der Zeitung nach einem anderen Orte wünschen, ohne dieselbe gleichzeitig an ihrem Wohnorte weiter zu beziehen, werden ersucht, sich diesbezüglich unter Einsendung von 50 Pf. an die betreffende Postanstalt zu wenden.

Expedition der „Posener Zeitung“.

Soziale Verkehrspolitik.

II.

Im Personenverkehr wachsen die Selbstkosten der Eisenbahnen ebenfalls nicht gleichmäßig mit der Entfernung und der Zunahme des Verkehrs; sie fallen jedoch in erheblich schwächerem Maße als z. B. im Güterverkehr, schon deshalb weil der Wagenlauf im Personenverkehr viel mehr beschränkt ist. Für den Personenverkehr ist jedoch eine Tarifbildung mit fallender Staffel im Allgemeinen nicht zu empfehlen. Ein Zonentarif ohne solche Staffelung hat aber für das Publikum so gut wie gar keinen Vortheil; wohl aber schwerwiegende Nachtheile. Weshalb bei einer Zoneneinteilung z. B. von 25 zu 25 Kilometer ein Reisender, der 25 Kilometer weit fährt, einen anderen Einheitsatz zahlen soll, als ein Reisender, dessen Ziel 26 Kilometer vom Ausgangspunkte der Reise entfernt liegt, ist doch beim besten Willen nicht zu verstehen. Es entspricht vielmehr der Gerechtigkeit und Billigkeit, wenn der Reisende grundsätzlich je nach der wirklichen Länge der Beförderungsstrecke zu einem Entgelt dafür herangezogen wird. Nach diesem System sind gegenwärtig die preußischen Personentarife eingerichtet. Der Zonentarif, wie ihn Ungarn eingeführt hat, muß daher als vollständig unbillig verworfen werden. Da ferner jede Begünstigung des Fernverkehrs überwiegend nur den bemittelten Klassen, die im Fernverkehr weitauft die Mehrzahl bilden, zu Gute kommt, so sind die Fahrtpreise gerade der unteren Wagenklassen möglichst niedrig zu bemessen und zwar nicht nur im Fernverkehr, sondern auch hauptsächlich im Nahverkehr. Die Systemlosigkeit und Verworrenheit unserer Personentarife wird in weiten Kreisen als ein schwerer Übelstand empfunden. Dazu kommt, daß unser gegenwärtige Personentarif kaum seine Selbstkosten deckt. Der theilweise geradezu antisoziale Charakter desselben, der sich in einer vielfachen Begünstigung gerade der wohlhabenden Bevölkerungsklassen ausdrückt, steht mit den sozialen Tendenzen unserer Zeit im offenen Widerspruch. Zu der ungerechtfertigten Begünstigung dieser Bevölkerungsschichten gehört auch das sogenannte Freigepäck. Einer Reform wird dieses zweifellos zum Opfer fallen. Eine Ermäßigung der gegenwärtigen Gepäckfrachten könnte sich das Zonensystem mit Nutzen zu eigen machen. Weiterhin ist die Zahl der Wagenklassen von Belang. Es ist nicht recht zu verstehen, weshalb wir eigentlich 4 Wagenklassen haben. Eine derartige Zahl ist weder wirtschaftlich noch sozial berechtigt. Jede Wagenklasse mehr erhöht die Kosten der Beschaffung und Unterhaltung des Wagenparks, vertheutet den Betrieb und verhindert auch die Ausnutzung der Wagen. Auch sozialpolitische Erwägungen fordern eine Verminderung der Zahl der Wagenklassen. Weshalb haben sich die Klassegegensätze bei uns zu einer so tiefen Kluft erweitert? Zum großen Theil deshalb, weil sich besonders unsere „gebildeten“ Kreise viel zu sehr gegen die unteren Klassen abschließen. Eine Berringerung der Zahl der Wagenklassen würde sicher mithelfen, die Gegensätze auszugleichen. Andere Länder gehen uns mit der Verminderung der Zahl der Wagenklassen voran. In England wird es in nicht zu ferner Zeit auf allen Bahnen überhaupt nur noch zwei Wagenklassen geben.

Eine Schädigung des Mittelstandes wird durch den übertrieben niedrigen Portosatz von 50 Pf. für Pakete im Gewichte von nicht mehr als 5 Kilogramm und über 75 Kilometer auf alle Entfernung nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern sogar auch im Verkehr mit Österreich-Ungarn herbeigeführt.

Dieser Portosatz erfüllt seinen eigentlichen Zweck, dem Kleinverkehr zu dienen, nur sehr unvollkommen. Ja er schädigt das Kleingewerbe im Handelsstand, indem er den Versand und Bezug kleiner Mengen von den entferntesten Produktions- und Handelsstätten des Großbetriebes begünstigt. Die namentlich im Vergleich mit dem äußerst niedrigen Porto für 5 Kilogramm-Pakete ganz unverhältnismäßig hohen Sätze für größere Gewichtsmengen führen zu einer Umgehung der höheren Sätze durch Verlegung größerer Gewichtsmengen in lauter einzelne 5 Kilogramm-Pakete. Nicht die große Masse der wirtschaftlich Schwächeren ist es, die bei ihrem verhältnismäßig geringen Versand und Empfang daraus Vortheil zieht. Es ist der Großbetrieb, der sich diese Umgehung zu Nutze macht. In welchem Umfange dieses geschieht, daß ganze Eisenbahnwagenladungen, aus lauter 5 Kilogramm-Paketen derselben Waage bestehend, von einem Versteller an einen Empfänger keineswegs vereinzelt vorkommen, dürfte den Wenigsten bekannt sein. Der Widersinn eines Tarifs, der solches ermöglicht, liegt auf der Hand. Außer diesen und den sonstigen Nachtheilen des heutigen Tarifs der Paketpost für die Volkswirtschaft kommt hier noch das Verhältnis der Eisenbahnen zur Postverwaltung und die grundsätzlich verschiedene finanzielle Behandlung und Nutzbarmachung beider staatlicher Verlehrsanstalten für die allgemeinen Staatszwecke in Betracht. Wie bekannt, sind die Eisenbahnen gesetzlich verpflichtet, mit jedem für den regelmäßigen Beförderungsdienst der Bahn bestimmten Zuge in einem von der Postverwaltung gestellten Wagen unentgeltlich zu befördern: die Briefpostsendungen, Zeitungen, Gelder etc., ferner sonstige Poststücke bis zum Einzelgewicht von 10 Kilogramm einschließlich. Darüber hinausgehende Leistungen werden nach besonders billigen Sätzen vergütet, die die ungefähren Selbstkosten zu decken bestimmt sind. Der Einnahmeausfall, der allein der preußischen Staats-eisenbahnverwaltung aus ihren Leistungen für die Postverwaltung erwächst, beträgt nach amtlichen Angaben in der letzten Zeit jährlich 23 bis 24 Millionen Mark. Wenn nur allein die Eisenbahnleistungen Preußens von der Postverwaltung den betreffenden Bahnen entzähigt würden, dann müßte die Reichspost nach den Rechnungsergebnissen des letzten Jahres mit einem Fehlbetrag von 8 Millionen Mark abschließen. Der wesentlichste Punkt dabei ist, daß gegenwärtig die Benutzer der Post, die meist den bestehenden Klassen angehören, begünstigt werden auf Kosten der (meist staatlichen) Eisenbahnen und da deren Neineinnahmen der Gemeinschaft zusiehen, auf Kosten aller Steuerzahler, deren große Mehrzahl bekanntlich den unbemittelten Klassen angehört. Wir haben ferner hierbei das Bild, daß eine staatliche Verlehranstalt — die Reichspost — auf Kosten der anderen — Staats-eisenbahn — ihre Beförderungssätze teilweise bis unter die Selbstkosten ermäßigt, für ihre Zwecke überall zwar die geschmackvollsten, aber auch kostspieligsten Bauten aufführt und daneben noch, wenigstens auf dem Papier, Überschüsse aufweist, die aber, wie wir gesehen haben, eigentlich Fehlbeiträge sind. Im vollendetsten Gegensatz dazu wird die Staats-eisenbahn bis zum Uebermaß zur Deckung der allgemeinen Staatsausgaben herangezogen, derart, daß sie hierdurch zu einer übertriebenen, nicht im vortheilhaftesten Sinne sprachwörtlich gewordenen „Sparsamkeit“ genötigt und von der Inangriffnahme fast jeder Tarifreform zurückgehalten wird. Die Beteiligung dieses Gegenzuges muß laut und nachdrücklich gefordert werden. Das sicherste Mittel zur Abhilfe wäre ohne Zweifel die Vereinigung beider Verlehrsanstalten unter einer Leitung. Die gegenwärtige Stellung derselben zu einander ist eben auf die Dauer unhaltbar.

Das Verhältnis der Wasserstraßen zu den Eisenbahnen zeigt bei aller sonstigen Verschiedenheit Vieles, was dem jetzigen Verhältnis zwischen Post und Eisenbahnen sehr ähnlich sieht. Der Wasserstraßenverkehr hat mit dem Postverkehr das gemein, daß beide aus dem allgemeinen Staatsfackel gepflegt und unterstützt werden. Auf den Staatsbahnen werden die Tarife hoch gehalten und mit Aufwendung ungeheurer Mittel Wasserstraßen hergestellt, die die Frachten der Staatsbahnen unterblieben und ihnen den Verkehr wegnehmen. Hierin liegt doch offenbarer Widersinn, ähnlich wie er uns in dem jetzigen Verhältnis der Post zu den Eisenbahnen entgegentreten ist.

Die Erkenntnis, daß eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Verkehrspolitik geboten ist, ist in neuerer Zeit, namentlich auch bei den Eisenbahndebatten im preußischen Abgeordnetenhaus zu Tage getreten; ebenso, daß es in Regierungskreisen an dem Willen dazu nicht fehlt. Welche Umstände der Umsetzung in die That heute noch entgegenstehen, ist bekannt genug; es erübrigts daher, hierauf zurückzukommen. Verfasser schließt mit einem Appell an alle berufenen Kräfte

entschlossen zusammenzuwirken, um die möglichst baldige Beendigung dieser Schwierigkeiten zu erreichen.

Die Arbeit enthält noch viel des Interessanten, auf das wir wegen Mangel an Raum hier nicht weiter eingehen können. Wer sich für unsere heutige Verkehrspolitik interessiert, dem sei die kleine Schrift (Preis 0,80 Mark) warm empfohlen.

Deutschland.

L. C. Berlin, 23. April. [Sozialdemokratische Aufschriften.] Vor einigen Tagen hat bekanntlich der Pariser „Figaro“, der unter allen Umständen und aus Allem Sensation macht — das Blatt hat es sogar fertig gebracht, die nächste internationale Weltausstellung als das größte Unglück für die Stadt Paris darzustellen — eine Urrahaltung mitgetheilt, welche einer seiner Mitarbeiter am 16. April mit Herrn Liebknecht gehabt hat. Mit dem Chefredakteur des „Vorwärts“ wegen der Phrasen, mit denen er den sensationslüsternen Franzosen — wie der „Vorwärts“ sagt, ein ihm von früher bekannter Journalist — überschüttet hat, ernsthaft ins Gericht zu gehen, würde auch dann überflüssig sein, wenn Liebknecht nicht erklärt hätte, der Franzose habe seine Neuheiten zum Theil richtig, zum Theil falsch wiedergegeben. Auf eine handvoll Noten ist es weder dem Interviewer noch dem Interviewten angelommen. Der Leser des „Figaro“ weiß von vornherein, daß er nicht jedes Wort, was da gedruckt steht, auf die Goldwaage legen darf. Ihm kommt es vor allem auf angenehme Unterhaltung an und was könnte für einen Franzosen angenehmer und zugleich unterhaltender sein, als zu hören, daß in Deutschland sozusagen Alles drunter und darüber geht und daß einer der Führer der großen sozialdemokratischen Partei erklärt, ein auswärtiger Krieg, als Ableitung für die inneren Schwierigkeiten sei unwahrscheinlich, Frankreich sei zu stark und die Stimmung in Deutschland mache einen solchen Ausweg unmöglich. Je größer der Respekt ist, den die Franzosen vor der deutschen Armee haben, um so erfreulicher ist es für sie, zu hören, daß „die das ganze deutsche Volk umfassende Armee“ der deutschen Sozialdemokratie keine Furcht einflößt, — weil die Ausschließung der Sozialdemokraten aus ihr eine Unmöglichkeit sei. Es ist auch nur vom Standpunkte des französischen Sensationspolitikers aus erklärblich, wenn er die Behauptung Liebknechts ernsthaft wiedergeibt, das Votum vom 23. März, d. h. die Ablehnung der Ehrung Bismarcks durch die Mehrheit des Reichstags sei „das bedeutsamste geschichtliche Ereignis in Deutschland während der letzten zwei Jahrzehnte“, weil der Reichstag sich „lühn wie noch nie“ dem Willen des Kaisers selbst entgegengestellt und Bismarck einen Faustschlag ins Gesicht versetzt habe. Schade, daß nicht Liebknecht, sondern Singer am 23. März von seiner Fraktion beauftragt war, das ablehnende Votum derselben zu begründen, denn Singer hat sich bekanntlich damit begnügt, die Ablehnung des Vorschlags des Präsidenten auf das Sozialisten-gesetz und die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck zu stützen. Man kann es auch nur einem Franzosen vorreden, das Votum vom 23. März besage, „daß Bismarck uns nichts mehr gilt, daß das Reich uns nichts mehr gilt“ und hinzuzügen, „daß für uns allein Deutschland und der souveräne Wille des deutschen Volkes in Betracht kommt.“ Hat doch der Abg. Richter an demselben 23. März erklärt: „Wir erkennen durchaus nicht die großen Verdienste des Fürsten Bismarck um das deutsche Einigungswerk und die auswärtige Politik Deutschlands.“ Und selbst der Redner des Centrums hat nur „die unterschiedslose Billigung der Grundsätze, nach denen Fürst Bismarck die deutsche und preußische Politik geleitet hat“ abgelehnt. Ob es ein Gedächtnisfehler Liebknechts oder ein Mißverständnis des Franzosen ist, wenn er jenen sagen läßt, der Kaiser werde keine Panzerschiffe bekommen, nachdem dieselben bereits am 1. März bewilligt waren, ist gleichgültig. Der Bericht des „Figaro“ hat für uns nur eine bedenkliche Seite, insofern nämlich, als er beweist, daß die Franzosen die großen Phrasen eines der Führer der deutschen Sozialdemokraten Ernst nehmen. In Deutschland giebt es vermutlich nur sehr wenige Sozialdemokraten, die in diesen Fehler verfallen würden. Im Auslande und namentlich in Frankreich, wo die Kenntnis der deutschen Zustände noch in weiten Kreisen für unpatriotisch gilt, ist das anders. Aber diese Überhöhung kann man auch den Franzosen nicht übel nehmen, nachdem seit Monaten ein großer Theil der deutschen Politik sich darum dreht, ob ein Gesetz zur Bekämpfung revolutionärer Bestrebungen zu Stande kommt oder nicht. Man muß doch im Auslande dem Gedanken zugänglich sein, daß Deutschland vor einer Revolution steht, wenn der deutsche Gesetzgeber zu Mitteln greift, die in Frankreich Revolutionen

nicht verhindert, wohl aber beschleunigt haben. In Deutschland ist man etwas kaltblütiger. Eine ähnliche Vorlage, wie die Umsturzvorlage, wurde schon im Jahre 1875 dem Reichstag mit der Motivierung vorgelegt: „Die Regierung verlangt von Ihnen jetzt Waffen, die es unnötig machen, mit der Zeit die blanke Waffe zu brauchen.“ Der Reichstag hat Nein gesagt und die Zeit, wo „die Flinten schießen und der Säbel hau“, ist doch nicht gekommen. Hoffentlich kommt Deutschland demnächst wieder dazu, die Sozialdemokratie kaltblütiger zu behandeln und mehr darauf zu sehen, daß durch die praktische Gesetzgebung der Sozialdemokratie nicht immer neue Anhänger in die Arme getrieben werden. Dann werden die Redomontaden eines Liebknecht auch im Auslande im Preise stehen.

— Dem Reichstag wird demnächst das sogenannte Notth-
gesetz zum Zwecke einer gehegten Zugehen. In dem-
selben soll der weiteren Herabsetzung der Ausfuhrprämien Ein-
halt geboten werden.

— Die „Börs. Btg.“ gibt über die bekanntlich zu Wirklichen Geh. Räthen mit dem Prädikat Exzellenz ernannten Direktoren im Auswärtigen Amt Reichardt und Hellwig folgende biographische Notizen:

Der Direktor der 2. (landespolitischen) Abteilung, Geh. Rath Reichardt gehört seit mehr als dreißig Jahren dem auswärtigen Dienst an. Am 22. Mai 1860 zum Gerichtsassessor ernannt, wurde er nach kurzer Beschäftigung beim hiesigen Stadtgericht zum Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beurlaubt und im Juli 1865 endgültig in dieses Ministerium übernommen. Er wurde bald Legationsrat im Sekretariat des Ministers und 1871 Wirklicher Legationsrat und vortragender Rath im Auswärtigen Amt. 1877 rückte er zum Geheimen Legationsrat auf, wurde der 2. Abteilung zugeordnet und 1886, nachdem er ein Jahr zuvor Wirklicher Geheimer Legationsrat geworden war, zum Direktor dieser Abteilung ernannt. — Der Direktor der 3. (Rechts-) Abteilung, Geh. Rath Hellwig ist um ungefähr 4 Jahre jünger als Geh. Rath Reichardt. Zur Kammergerichtsbeamte vorgestellt, wurde er im März 1865 mit einem auf den 13. Mai 1864 vordatierten Patent Gerichtsassessor. Im Mai 1867 wurde er in Folge etatsmäßiger Anstellung im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten aus dem Justizdienst entlassen und im Sekretariat des Ministeriums angestellt. Später wurde er Wirklicher Legationsrat und vortragender Rath im Auswärtigen Amt, rückte 1878 zum Geheimen und 1885 zum Wirklichen Geheimen Legationsrat auf und wurde Direktor der Rechtsabteilung. Seit 31. Januar 1886 ist er auch Mitglied des Staatsraths.

— Zur Lippeischen Erbsfolgefrage hatte die „Schaumburg. Btg.“ nach angeblich Londoner Mittheilungen behauptet, Kaiser Wilhelm II. habe zur Vermählung seiner Schwester mit dem Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe seine Zustimmung nur unter der ausdrücklichen Bedingung gegeben, daß Prinz Adolf dem jetzt verstorbenen Fürsten auf dem Throne folge. In Folge dessen sei der Prinz schon 1890 für den Fall des Ablebens des Fürsten zum Regenten ernannt worden. Dazu bemerkte die „Lipp. Landes-Btg.“:

Es braucht wohl nicht betont zu werden, daß die Mittheilung in der Form, wie sie gebracht ist, unmöglich den Thatsachen entsprechen kann. Der Kaiser wird niemals eine Bedingung gestellt haben, die er nach Lage der Sache nicht stellen konnte. Neben die Thronfolge in unserem Lande muß und wird nur nach Recht und Gerechtigkeit entschieden werden. Da aber das, was in dieser Londoner Mittheilung durch den Druck an das Tageslicht befördert wird, das wieder giebt, was man an vielen Stellen im Lippeschen Lande selbst, wie sonst im deutschen Reich hören muß, wäre es gewiß an der Zeit, daß durch den „Reichsanzeiger“ mit aller Entschiedenheit gegen diesen Verbrauch des kaiserlichen Namens eingeschritten würde.

Vielleicht erweist der „Reichsanzeiger“ den beunruhigten Lippern den gewünschten Gefallen.

— Die gestern erwähnte Konferenz von Vertretern der Hilfskomitees für die Hinterbliebenen der mit der „Elbe“ untergegangenen Passagiere und Mannschaften hat beschlossen, die Vertheilung der Gelder einem Verwaltungsausschuß in Bremen zu überweisen. Für die Witwe des Kapitäns v. Götsch wird ein Kapital ausgeschieden werden. Die Vertheilung der übrigen Gelder erfolgt in Form von Renten mit allmäßlicher Aufbrauchung des Gesamtkapitals. In besonderen Fällen kann an Stelle der Rente eine einmalige Zahlung treten.

Rusland und Polen.

— Petersburg, 19. April. [Orig.-Bericht der „Börs. Btg.“] Im Kreis Nowgorod des Gouvernements Wolhynien konfiszierte ein Gerichtsbeamter bei einem deutschen Kolonisten verschiedene aus Preußen zugessandte undunistische Schriften und machte dabei die Entdeckung, daß deutsche Stundisten in Königsberg in Preußen eine große systematische Agitation vermittelst Versendung häretischer Broschüren, Zeitchriften und Blättere in allen Orten Russlands betreiben. Diese Schriften sind für die orthodoxe Kirche sowohl, wie für den Staat äußerst gefährlich, da sie nicht nur den Zweck haben, das russische Volk zum Stundismus zu bekehren, sondern auch die Grundlagen des Staates zu erschüttern. Der Erzbischof von Smolensk erfuhr den Gouverneur, die Propagandaschriften auf der Post konfiszieren zu lassen und beim Minister um das Verbot dieser Sendungen einzutreten. (Aus Russland wurde bekanntlich vor kurzem gemeldet, daß dort sechs Kolporteur aus Russland verhaftet wurden, die sich mit der Einschmuggelung in Russland verbreiter religiöser Schriften nach Litauen befaßten. — Red.)

— Petersburg, 21. April. [Orig.-Bericht der „Börs. Btg.“] Die bekannte, mit hohen politischen Ideen sich tragende „Slawische Wohlthätigkeit-Gesellschaft“ unter Führung des Grafen N. P. Ignatjew versammelte sich dieser Tage zu einer feierlichen Sitzung. Es wurden Reden gehalten, in denen bemerkenswerthe Dispositionen hervortraten. General Kirejew erklärte es als die höchste Aufgabe der Gesellschaft bzw. Russlands, den Westen mit Hilfe des Aufbauholzes wieder orthodox zu machen, so wie er es früher gewesen. Und jener Aufgabe besteht für ihre Ausführung eine nicht enig wichtige Chance in dem russischen Selbstherrscherthum. Die Slawen des Westens brauchten auch niemals an der Festigkeit der ihnen gewidmeten Gefühle des russischen Volkes zu zweifeln, wie der Chefredakteur des „Swjet“, Herr Komarow, versicherte. Das russische Volk wie der russische Staat ständen auf der historischen Basis ebenso fest wie früher. Nun, wir glauben Herrn Komarow nur zu gern, daß die Russen für alle Slawen ein süßliches Herz haben, denn Russland hat ja seine Utopie auf der Schulter der slawischen Völker als Weltmacht emporzuheben, nicht aufzugeben. Herr Komarow rieb denn auch dazu, daß die Slawen nicht um Weltweite Stammesvereinigung besorgt sein sollen, sondern um Konsolidierung der ganzen slawischen Welt. So würde es sich machen lassen. Vielleicht hat die russische

Slawische Wohlthätigkeit-Gesellschaft“ Serbien und Montenegro für die „Gefühle des russischen Volkes“ auch schon mehr zu erwärmen vermocht, da auf derselben Sitzung der König von Serben, Alexander, und der Metropolit von Montenegro, Mitrofan, zu Ehrenmitgliedern der Gesellschaft gewählt wurden. — Der Ackerbauminister Ternow hat den Juden der Gouvernements Tschaterino-Slaw und Cherson die selben Rechte in Agrarangelegenheiten eingeräumt, die die Orthodoxen bestehen. Die dastigen Juden dürfen jetzt nach Belieben Grund und Boden pachten. In besonderen Fällen soll den Juden, die in landwirtschaftlichen Kolonien geboren und erzogen worden, Land zugewiesen werden. Einer Zeitungsnachricht zufolge werden in den Ackerbaukolonien der genannten Gouvernements landwirtschaftliche Schulen errichtet, um dem jungen Nachwuchs der Kolonisten Kenntnisse der modernen Wirtschaft beizubringen. Der Minister Ternow ließ auch vielen jüdischen Soldaten Grund und Boden im Taurischen Gouvernement zuweisen.

— Riga, 21. April. [Orig.-Ber. d. „Börs. Btg.“] In Libau treffen ganze Partien von Kolonisten aus Wolhynien und litauische Hebräer ein, von denen einige nach Kanada und letztere nach Argentinien übersiedeln.

Frankreich.

* Paris, 20. April. [Spionagegesetz] Der „Soleil“ polemisiert heftig gegen das beantragte neue Spionagegesetz. Es ist sehr kritisch und auch unvorsichtig, der Menge den Glauben einzuslößen, die Sicherheit des Vaterlandes sei eng an gewisse Geheimnisse gebunden. Man müsse suchen, seine Geheimnisse zu bewahren, ohne darauf zu rechnen, dies auch glücklich durchzuführen, und darf nicht verzweifeln, wenn sie entdeckt würden. Mit besonderer Heftigkeit greift der „Soleil“ den Artikel des neuen Antrages an, dem zufolge auch Civilpersonen, die militärische Geheimnisse verrathen und dabei Komplizen von Militärpersönlichkeiten sind, vor die Jurisdiktion der Kriegsgerichte gestellt werden sollen. Das sei ein Belagerungsgegenstand Geleges, ein Geleg des Bürgerkrieges, das zu den schlimmsten Missbräuchen den Vorwand bieten könnte. Von den gegenwärtigen Machthabern sei allerdings nicht zu befürchten, daß sie mit Hilfe dieser Gesetze eine Schreckensregierung in Frankreich herstellen werden; aber Frankreich könne bei den schwankenden Zuständen der Republik morgen einen anderen Herrn haben. Die sozialistische oder Caesar-Diktatur, die leicht zur Herrschaft gelangen könnte, wird mit Hilfe des Dupuischen Gesetzes (Anarchistengesetz) jeden Wohlgebigen nach den Salutinseln und mit dem beantragten Spionagegesetz jeden Widersacher vor das Exekutions-Büro in Sathon zu schicken vermögen.

* Marseille, 19. April. Der Oberst Gillon des 200. Regiments hat jedem Soldaten vor seiner Einschiffung nach Madagaskar folgende Verhaltungsmaßregeln ausständigen lassen: „In Madagaskar werdet ihr euch gegen drei viel furchtbare Feinde als die Hobas zu vertheidigen haben; die Sonne, die Feuer und die Ruhr. Gegen diese drei Feinde habt ihr den Helm, das gekochte Wasser und die Flanell-Feuerbinde. Ihr sollt nie ohne Helm euch hinauswagen, denn selbst bei unwölktem Himmel ist die Sonne tödlich. Legt euch auf den Haltestellen nie auf die Erde, die wärmer als die Luft ist und euch durch Ihre Ausdünstungen vergiftet würde; beschänkt euch darauf, euch zum Ausruhen auf euren Tornister zu legen. Trinkt nur gefrorenes Wasser mit Tee und Kaffee. Zur Vermeidung von Erkältung und demzufolge Ruhr leget nie eure Flanellbinde ab. Was ihr nun unter keinen Umständen tun sollt, das ist Alkohol zu trinken und Früchte zu essen, die, selbst wenn sie den unfrischen gleichen, bestige Gifte beherbergen. Wenn ihr diese Empfehlungen befolgt, werdet ihr zur Belohnung eurer Siege nach Frankreich zurückkehren.“

Militär und Marine.

M. P. C. Die französischen Kavallerie-Regimenter haben eine Innruktion über den Gebrauch der Melinit-Petarden erhalten, welche letztere für die Sprengung von Eisenbahn-Geleisen, Maschinen, Tenders, Telegraphen, eisernen Gütern, Brücken u. s. w. bestimmt sind. Die Melinit-Petarde besteht aus einer parallelopipedischen Blechbüchse von 15 Centimeter Länge, 3 Centimeter Breite und 2 Centimeter Tiefe und enthält 135 Gramm Melinit, dazu gehört ein weißblechnerner Sündler von 45 Millimeter Länge, welcher 1,5 Gramm Quecksilber-Zulminat enthält. Zur Bündung wird eine Bidsford-Bündschnur verwendet.

Stadt-Theater.

Posen, 24. April.

Gastspiel des Herrn Conrad Dreher.

Im Stadttheater trat gestern Herr Conrad Dreher zunächst als Wilhelm in dem uralten Blötzschen Schwank „Der verwunschene Prinz“ auf. Den schwachen Besuch des Hauses könnte man als Beweis für die gegen früher total veränderte Anschauungsweise und Geschmacksrichtung in Bezug auf dramatische Dichtungen auch des Publikums halten. Bei einer glücklicheren Wahl hätte sich wahrscheinlich, trotz der ungünstigen Jahreszeit, eine nicht so große Zahl Theaterbesucher das Vergnügen entgehen lassen, Herrn Dreher zu sehen. Denn ein Vergnügen war es immerhin, zu beobachten, wie der Guest es verstand, allerdings nicht die Vorgänge wahrscheinlich erscheinen zu lassen, das ist unmöglich, aber doch die Unwahrscheinlichkeit über dem Genuss an der Vorstellung zeitweilig vergessen zu machen. Der große Vorzug des Künstlers, mit kleinen unauffälligen Mitteln zu arbeiten, zeigte sich auch gestern wieder; man merkt eben nicht die Absicht. Nirgends war eine Übertreibung zu bemerken. Die übrigen Rollen bieten kaum Gelegenheit, irgendwie hervorzutreten oder Probe von Können zu zeigen; allenfalls wäre die Eva von Fil. Brock zu bemerken, welche von der Dame geschickt und liebenswürdig hingestellt wurde.

Den Zweck der Nachahmung „Ein blauer Teufel“, die den Beschluß des Abends mache, sehen wir nicht recht ein, wenigstens nicht für uns Norddeutsche; denn dies sog. Genrebild ist doch wohl nur ein dem Münchener Volksgeist gemachtes Zugeständnis, das außerdem nicht einmal sein Vorbild annähernd erreicht. Wenn es aber schon einmal sein müste, hätten wir Herrn Dreher gern etwas mehr aus sich herausgehen sehen mögen. Bei so inhaltlosen Sachen, in denen kein Charakter zu zeichnen, bei denen überhaupt von Kunst nicht viel zu reden ist, bricht der Künstler auch nicht sehr wahlvoll in den Mitteln zu sein. Überhaupt scheint es, als ob die Komik des Herrn Dreher auf einer Scene außerhalb der bayrischen Landschaften, ohne den ganzen bayrischen Milieu an Humor verloren. Die Bevorzugung der Dialektidiotungen wäre damit als eine weise Beschränkung aufzufassen; schade, daß

wir eben auch diese wegen der Schwierigkeit, für unsere Verhältnisse geradezu unmöglichkeit der naturgetreuen übrigen Darstellung nicht ungestört genießen können. Ein abschließendes Urtheil läßt sich ja aus dem kurzen Gastspiel des Künstlers nicht fällen; das scheint uns aber doch festzustehen, daß dem Künstler die Darstellung nur äußerlich bewegter, innerlich ruhiger weil verständnisloser Charaktere am besten gelingt. Die Figur des Steinklopfers im ersten Gastspiel des Künstlers ist dafür ein prächtiger Beweis. J. L. Kováč versuchte als Marie zierlicher zu erscheinen, als es ihr möglich ist. Der Applaus der wenigen Zuhörer entschädigte hoffentlich die Künstler für die geringe Anzahl der Besucher. —dt.

Polnisches.

Posen, den 24. April.

s. Ein Verzeichnis aller derzeitigen Orte mit Nennung der Namen und des Standes der Vertrauensmänner, wo Ortsgruppen des H.-R.-T.-Vereins bestehen, ist dem „Goniec“ zugesandt worden. Aus diesem Verzeichnis geht hervor, daß der Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken in der Provinz Posen 55 Ortsgruppen gegründet hat und 28 im Entstehen begriffen sind. In 54 Städten der Provinz bestehen noch keine Volksvereine. Was die Vertrauensmänner an betrifft, so sind davon Pfarrer 21, Landwirte 18, Pastoren 14, Pädagogen 12, Industrielle 9, verschiedene Staatsbeamte 7, Bürgermeister 6, Richter 4, Postbeamte 4, Superintendenter 3. Für den „Goniec“ steht es fest, daß der Verein antipolnische Ziele verfolgt. „Es sind keine Beweise mehr nötig“, schreibt das Blatt, „man braucht auch die Dementrierungen der preußischen Minister nicht, um anzuerkennen, daß die antipolnische Aktion den Stempel des Protestantismus und der Germanisation auf sich trage.“

s. In Strelno fand, wie dem „Dziennik“ von dort geschrieben wird, ganz im Gehetto am 20. d. Mts. eine Versammlung bei Gründung eines H.-R.-T.-Vereins statt. Die Einladungen hierzu wurden nicht in Zeitungen veröffentlicht, sondern, von 9 Herren unterzeichnet, brieflich verlaut. Es erschienen ca. 120 Personen und zwar der dortige Landrat Hassensprung, das Gericht mit den Richtern und gerichtlichen Beamten, die Postbeamten, sämtliche Forstbeamten, deutsche Leute und viele sogenannte schwäbische Landwirte, welche noch zu Zeiten Friedrich II. hier ansiedelt wurden. Von größeren deutschen Grundbesitzern waren nur wenige erschienen, ebenso waren die deutschen Städtebewohner nur durch wenige Bürger vertreten. Die Ansprache hielt Vinzenz-Posen. Aus der Versammlung wurden dann verschiedene Vorschläge gemacht und nach derselben ca. 200 Mark zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken gesammelt. Zum Vorsitzenden wählte man den Oberförster Heym, zu dessen Stellvertreter den Domänenverwalter Jürgens. — In Grodzisk in Westpreußen fand zu demselben Zwecke eine Versammlung statt. Herr Vinzenz aus Posen war dort ebenfalls erschienen. Zum Vorsitz bereit erklärten sich ungefähr 50 Personen.

s. Aus dem Kreise Mogilno wird dem „Goniec“ geschrieben, daß die Behauptung des Abg. v. Czarski, ein Kreisschulinspektor habe einen Lehrer seines Bezirks in der Schule den Gebrauch des katholischen Kreuzes: „Gelobt sei Jesus Christus“ verboten, wahr sei, obgleich der Kultusminister Dr. Kosse es als unwahrscheinlich bezeichnete. Die Untersuchung des Rathes Scheumann aus Bromberg habe ergeben, daß der Kreisschulinspektor Storz-Mogilno dem Lehrer Ostermann-Szczepanow dies verboten habe.

s. Der polnische Dichter Alexander Michaur, in der Literatur unter dem Pseudonym Mirona bekannt, ist am 21. d. M. in Warschau gestorben. Er war, wie der „Dziennik“ schreibt, lange Zeit in der Redaktion des „Kurier Warszawski“ thätig.

Lokales.

Posen, 24. April.

n. Die Stadtoberhäupter. Versammlung vollzog in ihrer heutigen Sitzung verschiedene Wahlszenen, genehmigte die Bildung eines Überschussfonds bei der Sparkasse, bewilligte der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft für ein Preisauflöschen 200 Mark, erklärte sich mit der Einberufung des Städtefestes, der Provinz Posen nach Posen einverstanden und stellte den Tarif für die Abfuhr pro 1895/96 fest. Für verschiedene bauliche Einrichtungen im neuen Stadthause wurden 20 000 M. bewilligt. Auf eine Anfrage des Stadtverwalters Schleyer, betreffend das Vollausen der Keller in der Unterstadt mit Grundwasser während des diesjährigen Hochwassers und betreffend die Eindeichung gab Oberbürgermeister Wittig eine ausführliche Darlegung über den Stand der Eindeichungsangelegenheit. Danach hat das Projekt Wulsch die Zustimmung des Staatsministeriums nicht gefunden; die Regierung plant vielmehr die Ausarbeitung eines neuen Projektes, das sich an das bekannte Projekt Krause I anlehnen würde und das ev. durch einen Techniker der Regierung an Ort und Stelle in seinen Grundzügen zu entwerfen wäre. Oberbürgermeister Wittig räth entschieden davon ab, die Eindeichung durch persönliches Vorstelligwerden in Berlin, ev. beim Kaiser, fordern zu wollen, da ein solcher Schritt zweifellos erfolglos wäre. Der Magistrat hat sich mit der Angelegenheit neuerdings beschäftigt und schlägt Redner vor, die weitere Entwicklung der Eindeichungsache jetzt abzuwarten, dagegen die Politik der kleinen Mittel zu befolgen und in dieser Richtung eine Immobiliar eingabe an den Kaiser zu richten, in welcher um die Beseitigung der Großen Schleuse, der Domschleuse, die Schließung der Grabenpforte und die Kassirung und Überbrückung des Berdychower Dammes gebeten wird. Oberbürgermeister Wittig glaubt, daß eine solche Bitte sowohl vom kommandirenden General wie vom Oberpräsidenten befürwortet werden würde. Die Überschwemmung der Keller während des Hochwassers wird zum Theil auf die Porosität des Erdbodens zurückgeführt. Die Kanalisation der Unterstadt fortzuführen, liegt kein Bedenken vor, da durch Schieber an den Goullis der Hausanschlüsse und durch ein Pumpwerk am unteren Ende des Gerberdammes der Gefahr der Überschwemmung der Keller in der Unterstadt sicher vorgebeugt werden kann. Näherer Bericht folgt.

Zum Pamir-Bertrag.



Kürzlich wurde in großen Bügeln der Inhalt des russisch-englischen Vertrags bekannt, durch welchen eine definitive „Abgrenzung“ des Pamir-Gebietes sowie der beiderseitigen Interessenphären in Centralasien stattfindet. Dieser bedeutsame Vorgang, welcher an der Westgrenze Chinas zeitweilig wenigstens für Verhältnisse zwischen den in Centralasien rückspringenden Mächten Russland und England schafft, während in Ostchina durch den Friedensschluß die Verhältnisse brennend zu werden beginnen, bildet einen weiteren Erfolg der russischen Eroberungspolitik in Mittelasien über deren Gestaltung in den letzten Jahrzehnten bis auf die neuere Zeit hin die bestehende Kartensklize eine übersichtliche Darstellung giebt.

Selbst vierzig Jahren, dem Tode Nikolaus I., suchte Russland in einer überaus planmäßigen, alle Hindernisse überwindenden Weise seinen Machterreich in Centralasien zu erweitern, und es hat hierbei allmählig fast alle osmanischen Kleinstaaten Mittelasiens besetzt, indem es dieselben sich einverleibte. Westlich des Kaspiischen Meeres ist die russische Machterweiterung bezeichnet durch die Eroberungen am Daghestan, (1859) des Kubanschen Gebietes 1865, und Kars 1878; östlich des genannten Meeres, im centralen Asien, nahm es Besitz von folgenden, in unserem Kartensklize durch besondere Signaturen unterscheidbaren und mit den Jahreszahlen der Einverleibung verjüngten, zum Theil als „Basallstaaten“ bezeichneten Gebieten: Transoxian 1873, Chiwa 1873, Amu Darja 1873, Turkestan 1864–68 und 1861–65, Kuldsha 1871, Chosland 1876, Buchara 1868, Merv 1884, Marwak 1885, Darwas im Norden des Pamir 1873, und Ferghana 1876.

Durch diese Erwerbungen, die in der letzten Zeit nur unter stetem Zurückdrängen des englischen Einflusses in jenen, englischerseits als „Pufferstaaten“ zur Abwehr des russischen Vordringens angelegten Staatengebilden erfolgten, ist Russland der Nordwestgrenze Englands bis auf das dazwischenliegende Gebiet des schon wesentlich verkleinerten Afghanistan fast unmittelbar nahe gerückt, nur im Osten noch blieb ein als herrenlos angesehenes, an das chinesische Turkestan grenzende Gebiet, das die Quellflüsse des

Oxus umschließende Hochland des Pamir, dessen Besitz England nicht direkt erstreben konnte, da seine indischen Besitzungen durch das afghanische Gebiet von Tschitral davon getrennt waren, über dessen Ausstellung unter der Bezeichnung von „Grenzberichtigungen“ es jedoch in den letzten Jahren fortgesetzt mit Russland in Verhandlung stand.

Nunmehr ist hier die Entscheidung gefallen. In dem Eingangs erwähnten russisch-englischen Vertrage wird tatsächlich das ganze Pamir Russland überantwortet, während als „englische Interessenphäre“ der nordöstlichste, an Pamir und Buchara angrenzende Theil Afghanistans bezeichnet wird, England selbst aber mit seiner indischen Nordwestgrenze noch um die Breite des Gebietes von Tschitral sowie eines schmalen unabhängigen Streifens zwischen diesem und Pamir von letzterem entfernt bleibt.

Die neue Erwerbung Russlands ist in unserer Kartensklize schwarz gezeichnet, die henchbare englische Interessenphäre Afghanistan durch seufzende Straffurz markiert; in diesem letzteren Gebiete darf England weder Besitzungen anlegen noch militärische Besetzungen unterhalten, der Werth der Bezeichnung „Interessenphäre“ ist also ein sehr problematischer.

Das Gebiet, welches Indien zur Zeit noch von Pamir, also der fast unmittelbaren Nachbarschaft Russlands trennt, ist Tschitral, jene Landschaft, um deren Besitz England zur Zeit streit führt. Bekanntlich ist eine von Beschawur nach Norden, in der Richtung des Pamirs in der Karte entstandene Expedition gegen die Hauptstadt Tschitral in Marsch gelegt und hat schon mehrere, meist siegreiche Gefechte gleich nach dem Überschreiten der Grenze bestanden.

Der russisch-englische Pamirvertrag bezeichnet, wie aus dem an der Hand der Kartensklize Gesagten klar hervorgeht, einen weiteren Fortschritt Russlands, das mit allen Kräften und zähestem Verbauchlichkeit danach strebt, einen Ausweg aus der centralasiatischen Sackgasse zu gewinnen und die Küste des Weltmeers zu erreichen, ein Ziel, dessen Kosten vermutlich der englisch-indische Besitz zu tragen haben wird.

Aus der Provinz Posen.
Samter, 23. April. [Stadtverordneten-Sitzung. Schützenegilde. Personale.] Zur Bevathung des zur Einführung bestimmten Normalatats für die heilige Landwirtschaftsschule fand gestern Nachmittag eine Stadtverordnetensitzung statt, zu welcher auch der stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der Landwirtschaftsschule, Gehheimer Regierung- und Schulrat Stadny-Posen, von der königl. Regierung entlaßt war. In der Sitzung wurde darüber verhandelt, in welcher Weise die durch die Regelung der Lehrergehälter bedingten Mehraufwendungen beobachtet werden sollen. — Am Sonntag fand im hiesigen Schützenhaus eine außerordentliche Generalversammlung der hiesigen Schützenegilde statt, in welcher über eine anderweitige Herstellung des Schießstandes bzw. Augelsanges verhandelt wurde. Die Polizei hat nämlich der Gilde das Schießen verboten, weil zufolge der durch den Bau der Zuckerfabrik veränderten Verkehrshälfte die Schießstandsanlage nicht mehr genügend Gewähr für die Sicherheit der auf den Nachbargrundstücken thätigen oder dort passirenden Personen leistet. Umsfangreiche Baulichkeiten erweisen sich demnach unbedingt nötig, welche äußerst beschleunigt werden müssen, falls das sonst alljährliche Pfingstschießen ermöglicht werden soll. — Vom 1. Juli d. J. ab ist der Amtsgerichtsrath Knappe von hier als Vorsitzender des Schiedsgerichts der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt an Stelle des Regierungsassessors Franke bestellt worden.

Oiffisa i. P., 23. April. [Konfirmation. Turnverein.] Am Sonnabend Quasimodogenit wurden in der hiesigen katholischen Kirche 118 Kinder, 56 Knaben und 62 Mädchen, durch den Propst Tasch konfirmirt. — Heute Abend fand eine Generalversammlung des hiesigen Männerturnvereins statt, in welcher über eine Mai-Turnfahrt sowie über Änderung und Neindruck der Vereinsstatuten berathen wurde.

V. Frankfurt, 23. April. [Ordens-Verleihung. Restaurierung der katholischen Kirche in Ober-Britten.] Aus Anlaß der gestern erfolgten Einweihung der in Ulbersdorf neu erbauten evangelischen Kirche überreichte der Generalsuperintendent Hefetz aus Bojen dem Superintendenten Barnabé-Heyersdorf den ihm verliehenen Rothen Adler-Orden IV. Klasse. Der Gemeinde Kirchenälteste Anders-Ullersdorf erhielt das Allgemeine Ehrenzeichen. — Unter dem Vorsitz des Regierungs-Kommissars fand heute zwecks Renovation der katholischen Kirche in Ober-Britten, welche wegen nicht genügender Dotierung 1877 der hiesigen Pfarrkirche insortiert wurde, eine Sitzung des hiesigen katholischen Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung statt. Derselben wohnte auch der Landrat von Dömming und der Kreisbaumeister Wollenhauß aus Oiffisa i. P. bei. Die Gemeindevertreter beschlossen, die fragliche Kirche, welche im spätgotischen Stile aufgeführt ist, w'e deren noch zahlreiche in der Provinz erhalten sind, und im Volksmund den Namen „Die rothe Kirche“ führt, im Innern vollständig zu restauriren, da im Jahre 1889 der Regierungsbaumeister Kothe aus Posen, welcher die Kirche besichtigte, unter dem jetzigen Antritte, welcher nicht sehr einladend aussieht, alte, kunstvoll ausgeführte Wandmalereien entdeckt hatte. Zur Zeit sind bereits eine Anzahl dieser Wandgemälde auf Kosten der Regierung freigelegt worden. Die Kosten der Restaurationsarbeiten, welche unter Leitung des Regierungsbaumeisters Kothe vorgenommen werden, wird zum größten Theil die Regierung tragen.

ch. Rawitsch, 23. April. [Stadtverordneten-Sitzung.] Da der heute stattgehabten Sitzung der Stadtverordneten nahm die Versammlung vorerst davon Kenntnis, daß mit Genehmigung des Finanzministers und des Ministers des Innern, sowie des Bezirksausschusses für das Rechnungsjahr 1895/96 zur Deckung des Steuerbedarfs werden erhoben werden 167 Prozent der staatlich veranlagten Realsteuer (Grund-, Gebäude- und Gewerbe-Steuer), 167 Proz. Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer und 100 Proz. der Betriebssteuer. Bezuglich der beschloßnen Umsatzsteuer und der Erhebung von Gebühren für die Genehmigung und Beaufsichtigung von Neubauten &c. steht die Genehmigung noch aus. Die Hundesteuer- und Lustbarkeitssteuerordnungen, sowie der revidierte Schlachthaustarif sind genehmigt worden. Gewählt wurde zum Bezirkvorsteher an Stelle des bisherigen Bezirksvorstehers Haake, der das Amt niedergelegt hat, der Kaufmann Kersan. Das Vermächtnis der verwitw. Frau Auguste Brüger,

Im Schutze des Zauberers.

Erzählung von E. A. Henley.

Vom Verfasser genehmigte Verdeutschung.

(18. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Bleiben Sie zu Mittag bei uns, Herr Doktor?“

„Nein, Kind, heute nicht. Ihr Onkel hat mich zwar aufgesondert; aber ich habe ihm offen gesagt, daß ich Forster lieber vermiede, wenn ich irgend kann.“

Einige andere Gäste, Herr und Frau Doolan und ein Herr Congreve, Civilbeamter der Stadt, erschienen jedoch zu Tische.

Als endlich Kapitän Forster gemeldet wurde, blickte Isabella neugierig auf, um sich alsbald zu gestehen, daß des Doktors Schilderung von seinem Neuherrn sehr zutreffend sei. Seine hohe, kräftig gebaute Gestalt bewegte sich leicht und ungezwungen; das kurzgeschnittene Haar, sowie der lange Schnurrbart waren von röthlichem Braun, dazu hatte er dunkle Augen und sehr schöne, weiße Zähne.

Sobald der Blick des Eintretenden Isabella traf, zeigte sich eine momentane Überraschung in seinen Bügeln.

„Ich hatte kaum erwartet“, sagte er, als der Major ihn vorstellte, „in Dinnugghur nicht weniger als drei unverheirathete junge Damen zu finden. Heut Vormittag wurde mir schon das Vergnügen zu Theil, den Fräulein Hunters vorge stellt zu werden. Darf ich nach Ihrem Befinden fragen, Frau Doolan? Es sind wohl vier Jahre vergangen, seit ich in Delhi zum letztenmale die Ehre hatte!“

„Ja, so lange wird es her sein, Kapitän Forster.“

„Es scheint mir unendlich lange“, sagte er.

„Ich dachte mir, daß Sie das sagen würden“, lachte sie; „für Sie lag es so nahe. Aber mir scheint der Zeitraum weniger bedeutend als Ihnen, der Sie inzwischen zu Hause waren.“

„Das waren wir alle hier“, mischte sich der Major ein. „Kapitän, wollen Sie meine Nichte führen?“

Hätte Forster den Major besser gekannt, so würde er aus dessen Ton herausgehört haben, daß dieses Thema ihm unliebsam sei. Forster merkte es jedoch nicht und fuhr fort:

„Es heißt, er habe das Hasenpanier ergriffen. Wenn dies derselbe ist, so war ich auch mit ihm zusammen auf der Schule. Und wenn er seitdem nicht sehr wesentlich anders geworden, hätte ich kaum den Wunsch, seine Bekanntschaft zu erneuern.“

„Ich schaue ihn außerordentlich“, entgegnete der Major kurz. „Er ist sehr befreundet mit Dr. Wade, der eine hohe Meinung von ihm hat; und ich glaube, man hält ihn allgemein für einen der tüchtigsten Beamten, der noch eine bedeutende Laufbahn vor sich hat.“

„O, ich will ja nichts gegen ihn sagen“, meinte Forster; „aber in der Schule war er ein jämmerliches Geschöpf und wir liebten uns gegenseitig nicht. Kannten Sie ihn, ehe er hierher kam?“

„Ich sah ihn nur bei den letzten Rennen in Cawnpore, wo er des Doktors Gast war.“

„Dr. Wade ist ein merkwürdiger Charakter.“

Nun löste sich Isabellas Zunge: „er ist einer der liebenswürdigsten und besten Menschen, die ich je sah“, sprach sie warm. „Er war mein Begleiter auf der Seereise hierher und hat sich bei dieser Gelegenheit wahrhaft väterlich gezeigt.“

„Das will ich wohl glauben“, entgegnete Forster sanftest Ton; „aber er ist ein besonderer Charakter insoffern, als er eben ganz anders ist als die meisten Menschen. Ich gebe zu, daß er ein tüchtiger Arzt ist; aber er sagt seinen Patienten oft in verblüffender Weise die Wahrheit.“

„Das finde ich sehr erklärlich“, sagte Isabella; „er hat allen Hurzbug! Ich würde mich deshalb wohl hüten, ihn um eines eingebildeten Leidens willen rufen zu lassen.“

Als Kapitän Forster nach seinem Quartier zurückging, sagte er zu sich selber:

„Da habe ich mich etwas vergaloppirt! Der Major war

gereizt, als ich von Bathurst sprach, und das Fräulein, als ich vom Doktor redete. Aber wie allerliebst sie ist! Selbst drüber sah ich kein so häbliches Gesicht! Mit ihr und Frau Doolan wird es sich ja hier wohl aushalten lassen.“

Der Major, ängstlich, daß Isabella ihn wegen Bathursts Kriegsergebnisse befragen könnte, war gleich nach Forsters Weggang ebenfalls verschwunden, und Isabella saß nun allein, ungeduldig auf den Doktor wartend, der am Nachmittag gewöhnlich auf ein halbes Stündchen herankam.

„Nun, Fräulein Hannay, wie ist Ihr Mittagessen gestern verlaufen?“ hörte man ihn auch bald fragen. „Wie gefällt Ihnen Forster? Vorhin sah ich ihn ja von hier kommen.“

„Er gefällt mir gar nicht“, antwortete Isabella entschieden.

„Da machen Sie wirklich eine Ausnahme von der Regel!“

„Gestern fand ich ihn sehr unterhaltend, — und er hat auch so etwas Ritterliches, was einem gefallen muß. Aber heute habe ich mich über ihn geärgert. Zuerst sagte er, Sie bester Herr Doktor, wären ein merkwürdiger Charakter.“

Der Doktor schmunzelte. „Na, da hat er doch recht, Kind! Das ist nichts Schlimmes.“

„Und dann sagte er —“ sie brach wieder ab — „er sagte etwas, das nicht wahr sein kann; nämlich, Herr Bathurst habe aus Feigheit die Armee verlassen! Das ist doch Verleumdung?“

Der Doktor antwortete nicht sogleich. Endlich sagte er:

„Man sollte von der alten Geschichte nicht mehr reden. Ich bin überzeugt, weder Forster noch sonst jemand weiß genau den Zusammenhang. Und selbst wenn sie wahr wäre, trüfe Bathurst jetzt kein Vorwurf. Als Beamter braucht er doch keinen Soldatenmuth!“

„Das kann kaum Ihre Meinung sein, Herr Doktor! Jeder Mann muß Mut haben! Könnte man vor einem Feigen wohl wirkliche Achtung hegen? Ich glaube es nicht!“

(Fortsetzung folgt.)

